



Zangenangriff auf die Steuervorlage 17 Verhandlung Linke und Rechte drohen mit dem Referendum - wie die Ständeräte das Dilemma lösen könnten

VON DORIS KLECK

Drei zusätzliche Sitzungen hat die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK) eingeplant, um sich über die Steuervorlage 17 zu beraten. Die Reform wird im Eilzugtempo durchgepeitscht: Bereits im Herbst soll sie verabschiedet werden - für hiesige Verhältnisse ein ambitioniertes Vorhaben. Pünktlich zu Beginn der Beratung am Donnerstag deponierten verschiedenste Organisationen ihre Wünsche bei den Wirtschaftspolitikern. Zwei taten dies medial wirksam: Die Gruppe Swiss Family Business (SFB) hat ultimativ das Referendum angekündigt, falls die Vorlage des Bundesrates durchkommt. Sie stört sich an der Erhöhung der Dividendenbesteuerung. Das prominenteste SFB-Mitglied ist Magdalena Martullo Blocher. Die Chefin der Ems-Chemie und SVP-Nationalrätin sah sich zu einer «Richtigstellung» gezwungen: Sie habe sich nie zu einem Referendum geäußert und «strebe eine ausgewogene und mehrheitsfähige Vorlage an».

Der zweite Angriff kam gestern von links. Der Gewerkschaftsbund (SGB) droht ebenfalls mit dem Referendum. Die Vorlage des Bundesrates sei «inak-

zeptabel». Der SGB wünscht sich statt genereller Steuersenkungen gezielte Übergangsmassnahme für 400 Unternehmen, die besonders von der Abschaffung der verpönten Steuerregimes betroffen wären. Ohnehin würden nicht alle dieser Firmen ins Ausland abwandern, wenn sie ihre Steuerprivilegien verlieren, argumentiert der SGB. Manche würden einfach in einen Tiefsteuernkanton umziehen. Dieses Konzept verfolgte der SGB schon bei der abgelehnten USR III, fand aber keine Resonanz. Selbst die SP ist kritisch. Vizepräsident Beat Jans befürchtet noch mehr Steuersenkungen. «Welcher Kanton würde zulassen, dass, eine Firma innerhalb der Schweiz umzieht?», fragt der Basler Nationalrat rhetorisch.

Bescheidene Economiesuisse

Die Steuervorlage 17 ist also einem Zangenangriff von links und rechts ausgesetzt. In dieser diffizilen Lage muss die WAK einen Kompromiss finden. Die Diskussion wird dabei anders verlaufen als bei der USR III: Damals feilschte das Parlament bis zuletzt um technische Fragen: Wie hoch soll die Entlastungsbegrenzung ausfallen? Wie weit oder eng wird die Patentbox gefasst? Soll der Steuerabzug für Forschungs- und Entwicklung auch für Aktivitäten im Ausland gelten? Zumindest der Wirtschaftsverband Economiesuisse akzeptiert in diesen Punkten die Vorlage des Bundesrates und stellt keine weitergehenden Forderungen zur Entlastung der Firmen. Für Frank Marty, verantwortlich für das Steuerdossier, ist zentral, dass die Vorlage bis im Herbst verabschiedet wird und dass sie politisch breit abgestützt ist. Die Kompromissuche wird sich um vier Streitpunkte drehen:

Dividendenbesteuerung: Wer mehr als 10 Prozent an einer Firma besitzt, muss Einkommen aus Dividenden nicht voll versteuern. Der Bundesrat will den Rabatt reduzieren und harmonisieren:

Die Dividendenbesteuerung soll auf Bundes- und Kantonsebene auf 70 Prozent erhöht werden. Bei der USR III wurde auf eine Bundesvorgabe verzichtet. Die bürgerlichen Parteien stehen dieser Erhöhung kritisch gegenüber. Auch Economiesuisse spricht sich dafür aus, dass die Kantone die Höhe des Rabattes weiterhin selbst bestimmen können. Denn diese würden auch festlegen, wie sie die Unternehmen steuerlich entlasten. «Konsequenterweise ist auch die Höhe der Mehrbelastung den Kantonen zu überlassen», sagt Marty. Allerdings befürworten die kantonalen Finanzdirektoren eine Erhöhung. Auch SVP-Ständerat Hannes Germann spricht von einer «Kröte, die man schlucken muss». Ein möglicher Kompromiss wäre, dass die Besteuerung beim Bund stärker erhöht wird - auf 90 Prozent, wie es die SP fordert.

Kapitaleinlageprinzip: Das KEP hat eigentlich nichts mit der Steuervorlage 17 zu tun - ist für die Linke allerdings eine ungeniessbare Altlast der letzten Unternehmenssteuerreform II. Es geht um Kapital, das Firmen steuerfrei ausschütten können - im Gegensatz zu Dividenden. Die linken Abstimmungssieger fordern eine Einschränkung des KEP. Für Jans ist das «der Weg zum Kompromiss». Der Bundesrat hat eine Einschränkung zwar abgelehnt, doch in einem Interview mit der «NZZ» sprach selbst Finanzminister Ueli Maurer von einem möglichen Tauschgeschäft «KEP gegen Dividendenbesteuerung». Offen ist, ob die SP bei solch einem Deal mitmachen würde. Jans stellt klar, dass die Einschränkung des KEP eine zusätzliche Massnahme ist - und kein Ersatz für eine höhere Dividendenbesteuerung.

Steuerabzug auf Eigenkapital: Über den sogenannten NID wurde im USR-Abstimmungskampf viel gestritten. Der Bundesrat hat ihn nicht in die Vorlage ge-



AARGAUER ZEITUNG

Hauptausgabe

Aargauer Zeitung
5001 Aarau
058/ 200 58 58
<https://www.aargauerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 70'451
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich



Seite: 5
Fläche: 47'835 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 69176582
Ausschnitt Seite: 2/2

packt, die Kantone drängen aber darauf, dass sie den Steuerabzug fakultativ einführen können. Das wäre eine «Lex Zürich»: Dank dieser Massnahme müsste der Kanton seine Steuern nicht zu stark senken. SP-Präsident Christian Levrat sagt: «An dieser Frage sollte die Reform nicht scheitern.»

→ **Soziale Kompensation:** Der Bundes-

rat will die Familienzulagen um 30 Franken erhöhen. Für die Linke ist der Betrag zu tief, bei den Bürgerlichen ist die Massnahme als Ganzes umstritten. CVP-Ständerat Konrad Graber bezweifelt, dass der Bund eine Massnahme beschliessen kann, die für alle Kantone passt. Der «Big Bang» müsse noch gefunden werden. Aus der CVP stammt die Idee, dass die Kantone ei-

nen Teil des Bundesbeitrages zur Finanzierung der Reform für eine soziale Ausgleichsmassnahme aufwenden müssen. SP-Jans findet das einen interessanten Ansatz.

Auffällig ist: Viele Ständeräte zeigen sich zurückhaltend mit Forderungen und roten Linien - und extrem verhandlungsbereit.